

Engagierte und Communities als Lückenbürger in Zeiten fragiler sozialstaatlicher Solidarität



Flüchtlingshilfe, Tafeln, Pflegeehrenamt, Freiwillige Feuerwehr, Nachbarschaftshilfe oder Freiwilligendienste: Unbezahlte Arbeit hat viele Gesichter, ist gern gesehen und findet nicht nur im Privathaushalt statt. Die gesellschaftliche Alterung, der Wandel der Geschlechterverhältnisse und der Umbau des Sozialstaats haben Sorgelücken entstehen lassen, die zunehmend von Freiwilligen und Engagierten geschlossen werden. Forciert durch die Krise des Neoliberalismus ist eine Konfiguration entstanden, die als Community-Kapitalismus bezeichnet werden kann: Soziale Aufgaben werden an die Zivilgesellschaft delegiert und mit einer neuen Gemeinschaftsrhetorik und -politik verknüpft. Doch so schön die Rhetorik von Gemeinwohl, Gemeinsinn, Hilfe und Freiwilligkeit auf den ersten Blick klingt: diese Delegation sozialer Aufgaben an die Zivilgesellschaft birgt Kehrseiten und Probleme, denen der Beitrag nachgeht.



Silke van Dyk

Wir leben in einer Zeit der sich zuspitzenden multiplen Krisen, die soziale und politische Verunsicherungen erzeugen. Angesichts neuer geopolitischer Krisen, der Mobilisierung substanzialer Mittel für Militärausgaben, dem Erstarken rechter Kräfte, den Kontroversen um Migrationspolitik und den Herausforderungen des demografischen Wandels stehen etablierte Formen gesellschaftlicher und sozialstaatlicher Solidarität zur Disposition. Zugleich leben wir in einem Zeitalter extremer Ungleichheiten – während die wohlhabendsten zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel der Vermögenswerte besitzen, verfügt die untere Hälfte über so gut wie kein Vermögen und mehr als 1,5 Millionen Menschen sind auf die Lebensmittel spenden und die ehrenamtliche Unterstützung der Tafeln angewiesen. Dem privaten, hoch konzentrierten Reichtum der Wenigen korrespondiert aber nicht nur die Ressourcenarmut der Vielen, son-

dern auch eine öffentliche Armut, die in Gestalt der sprichwörtlich ‚leeren Kassen‘ die politischen und medialen Debatten dominiert. Diese sind jedoch kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Entscheidungen und Prioritäten. In keinem anderen Land der EU werden Vermögenswerte so gering besteuert und fließen substanziale staatliche Subventionen an privilegierte Bevölkerungsgruppen,¹ während immer häufiger zu hören ist, dass ‚wir uns die Bürgergeldempfänger:innen nicht mehr leisten können‘. Jahrzehnte der staatlichen Austeritäts- und Sparpolitik machen sich zudem in Gestalt maroder Infrastrukturen der Daseinsvorsorge bemerkbar – von kaputten Schultoiletten und sanierungsbedürftigen Schienennetzen, über fehlende Lehr- und Pflegekräfte, verwaiste Ju-

gendzentren, vom Nahverkehr abgekoppelte ländliche Regionen und Angebotslücken in der Kinderbetreuung bis hin zur schleppenden Digitalisierung.

Das Anfang 2025 im Bundestag verabschiedete ‚Sondervermögen Infrastrukturen‘ soll vorrangig materiellen Infrastrukturen wie Straßen, Schienen, Kabeltrassen, Brücken und Schultoiletten zugutekommen, während die personalintensiven Bereiche sozialer Infrastrukturen – in der schulischen und außerschulischen Bildung, der Kinderbetreuung, Altenpflege, Familienhilfe oder der Unterstützung von Geflüchteten – in der Debatte um Infrastrukturpolitik ein Schattendasein fristen. Vergleichsweise schlechte Entlohnung in sorgenenahen Berufen sowie die Verdichtung des Arbeitsalltags durch sozial-

¹ Vgl. hierzu die jüngsten Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), das hier Einsparpotenziale von fast 60 Milliarden Euro jährlich identifiziert (Fritzscher 2025).



staatliche Kürzungen und einen sich zusätzlichen Fachkräftemangel forcieren die Prekarisierung professioneller sozialer (Dienst-)Leistungen. Bis heute gilt zudem, dass viele sorgnahe Tätigkeiten unbezahlt, vor allem im Familienkontext, und mehrheitlich von Frauen übernommen werden. Da mit dem Wandel der Geschlechter- und Familienverhältnisse zugleich immer weniger Frauen ganztägig als unbezahlte „heimliche Ressource der Sozialpolitik“ (Beck-Gernsheim 1991, 66) zur Verfügung stehen und entstehende Lücken weder durch Sorge- und Betreuungsarbeit von Männern noch durch bedarfsdeckende öffentliche Angebote geschlossen werden, ist der Kapitalismus der Gegenwart durch eine umfassende Care- bzw. Sorgekrise gekennzeichnet, die mit der Überforderung der Sorgenden und substanziellem Sorgelücken einhergeht (Aulenbacher u. a. 2014; Villa 2020).

Was sind die aktuellen Bewältigungsstrategien in dieser Krisenkonsellation? Es ist einerseits gut belegt, dass Frauen weiterhin einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Betreuungsarbeit im Familien- und Haushaltskontext übernehmen. Andererseits richtet sich der politische Fokus verstärkt auf unbezahlte bzw. aufwandsentschädigte, aber nicht regulär entlohnte soziale Arbeit außerhalb des Haushalts. Damit ist das weite Feld des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, Initiativen, Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden adressiert, aber auch alltägliche Unterstützungsleistungen in Nachbarschaften und sozialen Netzwerken finden neue Beachtung. Es ist diese zivilgesellschaftlich erbrachte (soziale) Arbeit jenseits familiärer Kontexte, die im Zentrum des Beitrags steht und die ich als Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage unter Bedingungen zunehmend fragiler sozialstaatlicher Solidarität diskutiere. Diese Problematisierung ist nicht als Kritik an Engagierten und Freiwilligen zu verstehen. Sie zielt vielmehr auf die Rahmenbedingungen, die die Aus-

beutung von Gemeinsinn und freiwillig erbrachter sozialer Arbeit zu einer bedeutsamen Säule des Wohlfahrtsstaats unter Krisenbedingungen werden lässt.²

Freiwilligenarbeit und (zivilgesellschaftliches/bürgerschaftliches) Engagement werden grundsätzlich dadurch charakterisiert, dass sie freiwillig, mit gemeinnützigem Anliegen und ohne Erwerbszweck ausgeführt werden (United Nations 1999, 2; Deutscher Bundestag 2002, 24f.). Die wissenschaftlichen, politischen und medialen Perspektiven auf Engagement und Freiwilligenarbeit sind heterogen, zugleich aber mehrheitlich von einer Affirmation des Gegenstandes getragen. Auch unterschiedliche politische Lager finden sich hier in seltener Weise vereint: Liberalen behagen die Eigeninitiative und Selbstverantwortung im Engagement, Konservativen die Gemeinschaftlichkeit sowie der Gedanke der Subsidiarität, Linke schätzen die Selbstorganisierung und den Freiraum für Alternativen. Nahezu unisono wird die Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – zumal auf kommu-

naler Ebene und in strukturschwachen Regionen – hervorgehoben und das Potenzial für mehr Bürgerbeteiligung und die gesellschaftliche Ko-Produktion von Sorge und Sicherheit unterstrichen. Auch in der wissenschaftlichen Engagementforschung gehen Analysen oft mit einer „idealistic[n] Unterstellung“ (Dahme/Wohlfahrt 2009, 245) einher, indem die Gemeinwohlorientierung des Engagements und positive Effekte einfach vorausgesetzt werden, während mögliche Kehrseiten unterbelichtet bleiben.

Ich diskutiere im Folgenden zunächst die neue Rolle von Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats, beleuchtete sodann konkrete Probleme dieser zivilgesellschaftlichen Hilfen, um anschließend ausführlicher die Fallstricke gemeinschaftlich organisierter Solidarität zu thematisieren. Abschließend frage ich nach Bedingungen unproblematischen Engagements und ende mit dem emanzipatorischen Potenzial kleinformativer, alternativer Solidarität.

Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats

Seinen Ausgangspunkt nimmt die hier diskutierte Dynamik mit der politischen Neuentdeckung des Engagements seit den späten 1990er Jahren. Neben der durch die Wiedervereinigung und Prozesse der Deindustrialisierung steigenden Arbeitslosigkeit in den 1980er und 90er Jahren, einer wachsenden Krise der sozialen Reproduktion in Zeiten familialen und geschlechterpolitischen Wandels sowie einer kommunalen Schuldenkrise, die das Ende der fordristischen Nachkriegsprosperität einlieferten, prägten insbesondere der Strukturwandel des Wohlfahrtsstaates und der Aufstieg aktivierender So-

zialpolitiken den neuen Engagement-Diskurs. Zu beobachten ist seitdem der „tendenzielle Übergang von der ‚Staatsversorgung‘ zur ‚Selbstsorge‘, von der öffentlichen zur privaten Sicherheitsverantwortung, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement“ (Lessenich 2009, 136). Hier geht es nicht primär um den Rückzug des Staates, sondern um einen Wandel der sozialstaatlichen Steuerungslogik, die darauf zielt, stärkere Eigenverantwortung der (potenziellen) Leistungsempfänger:innen zu fördern und zu fordern. Seit Anfang der 2000er Jahre durchzieht eine Diktion vom Engagement als Bürger-

² In diesem Beitrag konzentriere ich mich auf die Indienstnahme freiwilligen Engagements im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. Zu einer Problematisierung neuer bzw. wiedergekehrender Rufe nach einem sozialen Pflichtdienst für junge Erwachsene vgl. van Dyk 2025.



pflicht einschlägige Verlautbarungen: „Formen der Selbstverpflichtung werden umso notwendiger, je stärker sich der Staat von geltenden Regelungsansprüchen zurückzieht und Aufgaben, die nicht staatlich geregelt werden müssen, bürgerschaftlichen Akteuren überantwortet.“ (Deutscher Bundestag 2002, 33) In einer Studie zur staatlichen Engagementpolitik rekonstruiert Daniela Neumann seit Mitte der 1990er Jahre eine Entwicklung hin zu „Freiwilligkeit als gesellschaftliche[r] Produktivitätsressource“ (Neumann 2016, 137).

Es gelte, so der forlaufende politische Tenor, die Familie und den Wohlfahrtsstaat durch Leistungen von „Wahlverwandtschaften“ zu erweitern“, gewinne doch „in (spät-)modernen Gesellschaften [...] zivilgesellschaftlich geleistete und geschlechtergerecht organisierte Subsidiarität an Bedeutung“ (Deutscher Bundestag 2016, 53). Die Bundesregierung bewirbt Konzepte „Sorgender Gemeinschaften“ als neues Paradigma einer nachhaltigen Sozial- und Pflegepolitik mit zivilgesellschaftlichem Engagement als Stützpfeiler pflegerischer Versorgung. Zuletzt hat das Lob des Engagements und der Nachbarschaftshilfe in der Corona-Pandemie eine zentrale Rolle gespielt. So betonte die scheidende Bundeskanzlerin in ihrer Fernsehansprache am 18. März 2020: „Man hört jetzt von wunderbaren Beispielen von Nachbarschaftshilfe für die Älteren, die nicht selbst zum Einkaufen gehen können. Ich bin sicher, da geht noch viel mehr, und wir werden als Gemeinschaft zeigen, dass wir einander nicht allein lassen.“

Zu beobachten ist eine Neuinterpretation des Sozialstaatsgebots, die verstärkt auf informelle Hilfe-, Unterstützungs- und Verantwortungssysteme setzt, um den Sozialstaat fiskalisch zu entlasten und soziale Integration jenseits von Staat, Markt und Familie herzustellen. Im Siebten Altenbericht der Bundesregierung wird von der notwendigen „Vergesellschaftung von Sorgeaufgaben“ (Deutscher Bundestag 2016, 216) gesprochen, und „sorgende Ge-

meinschaften“ werden als Träger dieses Vergesellschaftungsprozesses sowie als „Experimentierfelder neuer Generationen- und Geschlechterverhältnisse“ (ebd.) gewürdigt. In strukturschwachen Regionen seien zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ehrenamtliche „Kümmererstrukturen“ – mit Unterstützung des Bundesfreiwilligendienstes – einzuführen und auszubauen (BMI/BMEL/BMFSFJ 2019, 22).



Die Neuinterpretation des Sozialstaatsgebots setzt verstärkt auf informelle Hilfe-, Unterstützungs- und Verantwortungssysteme, um den Sozialstaat fiskalisch zu entlasten und soziale Integration jenseits von Staat, Markt und Familie herzustellen

Der Staat erweist sich in *dreifacher Hinsicht* als Treiber dieser Freiwilligengesellschaft (vgl. ausführlich van Dyk/Haubner 2019): (1) durch die programmatiche und symbolische Aufwertung ehrenamtlichen Engagements (z. B. in Form von Engagementkampagnen,³ Ehrenamtstagen, Preisen, öffentlichen Würdigungen, schulischen Bildungsformaten); (2) durch Förderprogramme, Policy-Instrumente und die Einrichtung einer bundesweiten Engagement-Stiftung,⁴ die den Ausbau ehrenamtlicher Arbeit zum Ziel haben, sowie (3) durch eine Politik des Unterrassens, die engagierte Bürger:innen aktiviert, die entstehenden Lücken der Infrastruktur und Daseinsvorsorge selbsttätig zu schließen. Hier wirken sozialstaatliche Kürzungen, ausbleibende Kostenanpassungen sowie die selektive wohlfahrtsstaatliche Bearbeitung neuer Bedarfe – etwa in der Pflege – als Engagement-Treiber. Die Politik des Unterrassens kommt insbesondere auf kommunaler Ebene zum Tragen, müssen hier doch die bundes- und landespolitisch etablierten Rechtsansprüche (z. B. auf einen Kitaplatz oder Ganztagsbetreuung in der Schule) umgesetzt und

freiwillige Aufgaben der Daseinsvorsorge (z. B. Schwimmbäder, Spielplätze, Altenhilfe, Kulturangebote) unter zunehmend knapperen Budgets realisiert werden. Zu beobachten ist die Tendenz, dass Gemeinden „vor dem Hintergrund ihrer wachsenden finanziellen Notlage konsequenterweise eine Ausweitung der Freiwilligendienste [fordern], um auch zukünftig ihre Aufgaben erfüllen zu können“ (Karger/Klenter 2015). Im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung heißt es wörtlich: „Engagierte erzielen einen finanziellen Nutzen und Organisationen schaffen sich eine im Vergleich zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kostengünstigere Personalressource, die zugleich die Wettbewerbsfähigkeit freigemeinnütziger Träger in bestimmten Märkten erhöht. Kommunen können durch bezahltes Ehrenamt Kosten reduzieren.“ (Deutscher Bundestag 2017, 290) Gefragt ist auf kommunaler Ebene eine große Bandbreite von Engagement, die hier nur beispielhaft umrissen werden kann: Betreuung und Begleitung von Heimkindern, Sprachkurse für Migrant:innen, Grünanlagenpflege und Gerätewartung in Sportvereinen, Transport von Mittagessen zwischen verschiedenen Kindertagesstätten, Fahrdienste und Besuche im Altenzentrum, Krankenhaus-Besuchsdienste, Unterstützung der Lebensmittelausgabe bei den Tafeln; nicht wenige dieser Tätigkeiten sind mit Aufwandsentschädigungen verbunden.

Die staatlicherseits angereizte Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage operiert dabei mit einem sektor- wie subjektorientierten Zugriff auf zivilgesellschaftliche Ressourcen: einmal im Sinn einer Verschiebung bzw. Neuakzentuierung der gesellschaftlichen Sektoren, d. h. der Auslagerung von Aufgaben, die vorher entweder in der Familie, in staatlicher bzw. kommunaler Verantwortung oder durch den Markt orga-

³ Online auf: <https://www.du-bist-untersetzlich.de/>.

⁴ Online auf: www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de.

niert waren, in die Zivilgesellschaft. Zum anderen zielt die Verzivilgesellschaftlichung als „Fitnesstraining“ der Zivilgesellschaft“ (Kocyba 2004, 20) auf die Aktivierung der Bürger:innen. Dieser Zugriff auf die Zivilgesellschaft als

soziale Ressource geht dabei mit der De-Thematisierung ihrer politischen Dimension – als (H)Ort der politischen Willensbildung, des Protests, Eigen-sinns und gegebenenfalls zivilen Ungehorsams – einher.

Von der Engagementpolitik zur Gesellschaftsdiagnose: Die Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage im Community-Kapitalismus

Die Bedeutung von Engagement und Freiwilligenarbeit reicht weit über die Nische der Engagement- und Ehrenamtspolitik hinaus. Gemeinsam mit meiner Kollegin Tine Haubner habe ich eine Konfiguration identifiziert, die wir Community-Kapitalismus (van Dyk/Haubner 2021) nennen und die den größeren, gesellschaftlichen Rahmen der Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage absteckt. Der Community-Kapitalismus zeichnet sich durch eine Kombination aus Post-Erwerbsarbeit – verstanden als unbezahlte oder aufwandsentschädigte, nicht regulär entlohnte Arbeit – einerseits sowie einer dezidierten Gemeinschaftspolitik andererseits aus. Er kann als eine Antwort auf die multiplen Krisen der Gegenwart begriffen werden, indem er funktionale Lösungen für die Sorge- und Betreuungskrise mit einer legitimationsstiftenden Antwort auf die Hegemoniekrise des Neoliberalismus verbindet, der weltweit in die Krise geraten ist (Meadway 2021) und mit seinem radikalen Individualismus immer weniger überzeugt.

Die *politische Ökonomie* des Community-Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von Posterwerbsarbeit, die auf das grundsätzliche Dilemma von Sorge- und Reproduktionsarbeit antwortet, zugleich existenziell unverzichtbar und nur begrenzt profitabel zu sein. Posterwerbsarbeit ist dabei nicht einfach nur kostengünstig oder billig, sondern eingebettet in eine *moralische Ökonomie* von Freiwilligkeit, Gemeinsinn und Gemeinschaft, welche die prekarisierenden, ausbeutenden, Unsicherheit und Abhängigkeit stiftenden Impli-

kationen dieser Strategie verschleiert. Durch die gemeinschaftliche Aufladung der Posterwerbsarbeit gelingt eine Umdeutung von Arbeit in Nichtarbeit, die nicht nur ihre Ausbeutung ermöglicht, sondern nach Jahren des Hyperindividualismus, der Ökonomisierung und der Kultur der Eigenverantwortung zugleich auf eine verbreitete Sehnsucht nach Formen nicht-entfremdeter Arbeit sowie der Kooperation und der gemeinschaftlichen Sorge antwortet.

Ein kritischer Blick auf die Schattenseiten von Engagement(-politik) wird seit vielen Jahren dadurch erschwert, dass der gesellschaftliche Diskurs von einer Sakralisierung der Engagierten geprägt ist, die als „Alltagshelden“ (Deutscher Bundestag 2017, 393) und „Engel“ (Der Paritätische 2014, 32) adressiert werden. Hier zeigt sich die aus der häuslichen Sorgearbeit bekannte und von Feminist:innen kritisierte „Mythologisierung bei gleichzeitiger Entwertung“ (Thiessen 2020) der Tätigkeiten. Der für die Zweite Frauenbewegung zentrale Slogan: „Sie nennen es Liebe, wir sagen, es ist unbezahlte Arbeit“ (Federici 1975), ist in seinem Potenzial für eine kritische Analyse nicht regulär entlohter, außerhäuslicher Arbeit bis heute jedoch unausgeschöpft. Diese affirmative Rahmung hat für die kritische Analyse von Freiwilligenarbeit weitreichende Konsequenzen, sind doch nicht nur die geschlechtsspezifischen Implikationen, sondern auch die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Kehrseiten weitgehend unerforscht. Neben der Vernachlässigung der prekarisierenden und de-professionalisierenden Effekte

aktueller Engagementpraxis bleibt vor allem unterbelichtet, wie sich das von allen Seiten hochgelobte Engagement als Motor der Informalisierung von Arbeit und Sorge erweist.

Es fehlt an einer Schärfung von Konzepten für die Analyse der politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit, darunter insbesondere die trennscharfe Bestimmung der für die Abgrenzung von Freiwilligen- und Lohnarbeit zentralen Kriterien der Arbeitsmarktneutralität und der „Zusätzlichkeit“ von Engagement (vgl. ausführlich van Dyk 2021). Vor diesem Hintergrund stellen die entstehenden Graubereiche von Tätigkeiten an den Übergängen von Freiwilligenarbeit und Lohnarbeit ein großes Forschungsdesiderat dar. In sozialen Bereichen, die seit Jahren unter Fachkräftemangel, Kostendruck und unzureichender Infrastruktur bei steigenden Bedarfen leiden, werden mithilfe von Monetarisierung (Aufwandsentschädigungen) und Semi-Professionalisierung hybride und informelle Tätigkeitsformen zwischen Niedriglohnsektor und monetär entschädigtem Engagement für all jene geschaffen, denen aus unterschiedlichen Gründen der Zugang zu regulärer Beschäftigung erschwert ist – insbesondere prekäre Ruheständler:innen, Hausfrauen, Arbeitslose und Aufstocker:innen. Jenseits von Mindestlohn, arbeitsrechtlichen Standards und Strukturen der Mitbestimmung und entgegen ihres offiziellen Auftrags kompensieren diese mitunter auch jene Leistungen, für die nicht genug ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Eine bislang nur wenig diskutierte Problematik ist die Qualität der geleisteten Unterstützung. Zwar ist in vielen Engagementfeldern ein Ausbau von Qualifizierungs-, Beratungs- und Schulungsangeboten zu verzeichnen, zugleich haben Wohlfahrtsverbände, Vereine und öffentliche Stellen umfangreiche Ratgeber und Informationsmaterialien für Engagierte herausgegeben. Einerseits unterstützen diese Angebote Engagierte und verbessern gegebenenfalls die Qualität der er-

brachten Leistungen, andererseits können genau diese Maßnahme auf eine faktische De-Professionalisierung hinauslaufen: Dies ist dann der Fall, wenn Tätigkeiten, die eigentlich eine didaktische, pflegerische und/oder sozialpädagogische Ausbildung erfordern – vom Deutschunterricht über Pflegedienstleistungen und Dolmetschertätigkeiten bis hin zu zielgruppenspezifischer

Sozialarbeit – plötzlich von notdürftig angelernten Freiwilligen übernommen werden (Haubner 2021). Dies hat gravierende Konsequenzen für diejenigen, die auf die Hilfe angewiesen sind und die – anders als die Engagierten selbst – in den aktuellen Debatten kaum sichtbar werden (vgl. ausführlich zur Perspektive der Nutzer:innen Haubner/van Dyk 2024).

Die Wiederentdeckung der Gemeinschaft und ihre Implikationen für die Solidarität im Sozialstaat

Wie zuvor skizziert, operiert die moralische Ökonomie des Community-Kapitalismus mit der engen Verschränkung von Engagement und Gemeinschaft. Gemeinschaftsbezüge zeichnen sich durch ihre unbestimmt positive Bedeutung aus, vermitteln sie doch, wie Zygmunt Bauman (2009, 7) unterstrichen hat, ein gutes Gefühl: „Was immer man unter ‚Gemeinschaft‘ verstehen mag: Es ist zweifellos gut, ‚zu einer Gemeinschaft zu gehören‘, ‚in einer Gemeinschaft zu leben‘.“ Die Klage über den Verlust von Gemeinschaft(lichkeit) ist aus modernen Gesellschaften ebenso wenig wegzudenken wie die zahlreichen Appelle, Gemeinschaft(en) als sozialen Kitt in Zeiten von Individualisierung und Verunsicherung wiederzubeleben. Als Alltagsbegriff evoziert Gemeinschaft Qualitäten wie Homogenität, Unmittelbarkeit, Natürlichkeit, Nähe, persönliche Bindung, Solidarität und Harmonie im Sinne identischer Interessen (Creed 2006, 4 ff.). Die positiven Alltagsbezüge sind eingebettet in eine lange Diskursgeschichte der Gemeinschaft als Antipode des modernen Kapitalismus mit seinen entfremdenden Effekten; die Idee der Ablösung kleinräumiger, konkreter Sozialbeziehungen durch abstrakte, institutionell vermittelte und rationalisierte Bezüge macht den Kern der Modernisierungstheorien aus.

Zugleich erleben wir seit einigen Jahren eine Neubestimmung des Gemeinschaftskonzepts: Angesichts der

zunehmenden empirischen Evidenz *post-traditionaler* Gemeinschaften wird das Gemeinschaftskonzept von seiner vormodernen, essenzialisierenden Bestimmung und der damit verbundenen Schicksalhaftigkeit und Zwangsförmigkeit gelöst. Gemeinschaften haben demzufolge gerade keine vorgängige Essenz oder Bestimmung, sondern sind heterogene, dynamische Entitäten mit freiwilliger und wandelbarer Mitgliedschaft: Das ‚Wir‘ wird „vom Schicksal zur Aufgabe“ (Hitzler u. a. 2008, 10). Entscheidend für die Entwicklung des Community-Kapitalismus ist, dass sich die Neubestimmung von Gemeinschaft als freiwillig gewähltes Commitment als hochgradig anschlussfähig an die Prämissen des aktivierenden Sozialstaats erweist. Erst die Gemeinschaft als gewählte Aufgabe schafft die Voraussetzungen dafür, dass sie zum Gegenstand der Steuerung durch Aktivierungspolitiken werden kann. An die Stelle der Zwangsförmigkeit traditionaler Gemeinschaften tritt damit nicht die Freiheit, sondern die Regierung post-traditionaler Gemeinschaften im Modus der Freiwilligkeit.

Was ist daran problematisch, wenn Gemeinschaften nicht nur Zielgröße politischer Steuerung, sondern auch Ressource in Krisenzeiten werden? Mir geht es nicht um die Problematisierung jeglicher gemeinschaftlicher Fürsorge in sozialen Beziehungen, sondern um eine Problematisierung, die dort einsetzt, wo eine ‚Gesellschaft der Fürsorglichkeit‘

etabliert werden soll, wo also „Gemeinschaft zum Gesellschaftsmodell“ (Vobruba 1986, 226) verallgemeinert wird. Auf den ersten Blick klingen die Charakterisierungen einer solchen Gesellschaft verlockend: neue Kunst des Zusammenlebens, Kultur des Helfens, Alltagssolidarität, nachbarschaftliche Sozialpolitik, sorgende Gemeinschaft, um nur ein paar diskursprägende Beschreibungen zu zitieren. Erst auf den zweiten Blick erschließen sich die in der Gemeinschaftlichkeit angelegten Kehrseiten der persönlichen Abhängigkeit, die sich zu einer moralischen Aufladung sozialer Sicherheit zusammenfügen. Hier geht es um die Preisgabe einer wesentlichen Erungenschaft im modernen Wohlfahrtsstaat: die Entkoppelung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung durch die Gewährung sozialer Rechte, so z.B. in den – historisch zunächst nur den männlichen Lohnarbeitern vorbehaltenen – Sozialversicherungen. Diese Problematisierung soll keineswegs auf eine entproblematisierende Würdigung des Sozialstaats als Sozialversicherungsstaat hinauslaufen, der stets (auch) ein spaltender und ungleichheitsstiftender Sozialstaat war und ist⁵ und in vielen Punkten eine konservative Geschlechterordnung konserviert(e); es geht vielmehr um das Versicherungsprinzip, das als Politik und Risikoteilung der großen Zahl funktioniert und gerade durch die Entkoppelung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung – bei allen Problematiken – eine Form der Verlässlichkeit und Autonomiegewinnung schaffen kann (Ewald 1989; Castel 2008). Der Risiko- bzw. Schadenseintritt wird entindividualisiert und entmoralisiert, an die Stelle gemeinschaftsbasierter Solidaritätsformen (und ihrer Ausschlüsse) tritt ein anonymer Ausgleichsmechanismus.

Alternative soziale und staatskritische Bewegungen haben ebenso wie kommunaristisch orientierte Akteure die entfremdenden Effekte eines solchen Systems – nicht zu Unrecht – pro-

⁵ Zu dieser Problematisierung vgl. zum Beispiel Lessenich 2012, 25 ff.



blematisiert, ihre autonomiefördernden und freiheitsstiftenden Implikationen aber verkannt. So fraglos unverzichtbar und existenziell soziale Nähe und soziale Bindungen sind, so wichtig ist es, das Spannungsfeld von Verbundenheit und Autonomie im Blick zu behalten, denn Autonomie ist – um es mit Adorno zu formulieren – nicht zuletzt „die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“ (Adorno 2015, 92) – die Möglichkeit, sich dem „sanften Terror der Geborgenheit“ (Prätorius 1982, 496) entziehen zu können. Institutionalisierte soziale Rechte entlasten vom Imperativ des permanenten Mitmachens, sie entkoppeln das Recht vom Charakter, sie schaffen Bedingungen, unter denen auch diejenigen versorgt, aufgefangen oder gepflegt werden, die sich nicht durch Liebenswürdigkeit, Passfähigkeit oder Dankbarkeit qualifiziert haben. Prätorius warnt schon Anfang der 1980er Jahre, dass die Umstellung von Funktionen des Sozialstaats auf die alltägliche Solidarität der ‚kleinen Netze‘ „vermutlich eine neue Schicht der Unterprivilegierten schaffen [würde]“ (ebd., 502), bestehend aus all jenen Menschen, „die entweder aus den unterschiedlichsten Kontakterschwerissen und Hemmungen es nicht schaffen, die emotionalen Brücken zu ihren Helfern zu schlagen, oder die diesen Kontakt mit all seinen Eingriffen in die persönliche Integrität als zu hohen Preis für die angebotene Hilfe erachten“ (ebd., 503). Hinzuzufügen wären noch all jene, die von gesellschaftlich etablierten Normalitätsvorstellungen abweichen und nicht als der Hilfe ‚würdig‘ erachtet werden, sei es z. B. aus rassistischen, aus altersfeindlichen oder homophoben Gründen.

Unterschätzt wird zudem, dass eine Gesellschaft fürsorglicher Gemeinschaften voraussetzungsvoll ist und dass Vertrauen und Kooperationsbereitschaft vor allem dort entsteht, wo ein hohes Maß sozialer Gleichheit institutionell und für alle Bürger:innen gewährleistet wird, wie Richard Wilkinson und Kate Pickett (2012) in ihrer Studie „Gleich-

heit ist Glück“ im Ländervergleich belegen. In diesem Sinn bestimmt Véronique Munoz-Dardé Solidarität als „moralische Perspektive für politische Institu-



Auf einem stabilen sozialstaatlichen Fundament kann die freiwillige Fürsorge und alltägliche Solidarität gedeihen

tionen“ (Munoz-Dardé 1998, 169), die die einzelnen Bürger:innen gerade davon entlastet, jederzeit entsprechende moralische Entscheidungen treffen

zu müssen. Diese Form vertraglich gesicherter Solidarität im Sinn einer unparteiischen Rücksichtnahme auf alle Personen schafft „jene äußerst günstigen Bedingungen, unter denen jeder von uns frei und unbekümmert persönliche Bindungen und besondere Empfindungen von Liebe und Mitgefühl entwickeln kann. Das harte Terrain der kalten Gerechtigkeit ist zugleich der fruchtbarste Boden für Sorge und Mitgefühl“ (ebd.). Oder anders formuliert: Auf einem stabilen sozialstaatlichen Fundament kann die freiwillige Fürsorge und alltägliche Solidarität gedeihen.

Gibt es ‚unproblematisches‘ Engagement?

Die hier ins Zentrum gerückten Probleme und Kehrseiten betreffen nicht alle Formen von Engagement gleichermaßen, auch sollen sie nicht als Grundsatzkritik jeder nicht entlohnnten Tätigkeit verstanden werden. Ziel der Problematisierung ist es vielmehr, den Blick dafür zu schärfen, wo freiwilliges Engagement zum Ausfallbürgen des Sozialstaats wird, wo prekäre Grauzonen im Spannungsfeld von Freiwilligenarbeit und Erwerbsarbeit entstehen und wo karitative Hilfe an die Stelle sozialer Rechte tritt, so dass die Abhängigkeit und Vulnerabilität der Unterstützungsbedürftigen verfestigt werden. Die Grenzen sind dabei keineswegs einfach zu ziehen, weshalb es umso wichtiger ist, sie überhaupt zum Gegenstand der Debatte zu machen; dazu zählt auch die grundsätzliche Aushandlung, was zentrale Aufgaben der öffentlichen Hand in der Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sein sollen.

Ein konkreter Ansatzpunkt für eine solche Auseinandersetzung ist die Präzisierung des rechtlich unterbestimmten Prinzips der Arbeitsmarktneutralität und die Kontrolle der Einhaltung des präzisierten Prinzips (Karger/Klenster 2015), um zu verhindern, dass ehrenamtliche Tätigkeiten regulär entlohnte, professionelle Erwerbsarbeit in sozial sensiblen Bereichen ersetzen.

Ebenfalls zentral ist die Definition von Professionalitätskriterien im Bereich sozialer Dienstleistungen, die in ihrer geschlechtsspezifischen Rahmung historisch – mit Auswirkungen bis in die Gegenwart – als ‚Jedermann‘- bzw. eher ‚Jederfrau‘-Tätigkeiten verstanden werden sind, für die es vermeintlich vor allem ein großes Herz, aber keine spezifische Qualifikation braucht. Im Sinn der Problematisierung gemeinschaftlicher Fürsorge ist zudem zu fragen, in welchen Bereichen persönliche Abhängigkeiten, Machtstrukturen und Hierarchien des karitativen Helfens sowie die in der Freiwilligkeit angelegte strukturelle Unzuverlässigkeit von Engagement problematische Folgen für die zuverlässige und autonomiewahrende Versorgung Unterstützungsbedürftiger zeitigt. Gewinnbringende Anschlüsse für eine kritische Analyse finden sich in der Forschung zu Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe im globalen Kontext (z. B. Fassin 2012; Ticktin 2014), steht hier doch weniger die Sakralisierung freiwilliger Hilfe im Zentrum als die Analyse von Hilfe als „relation of inequality“ (Fassin 2012, 3).

Die ehrenamtliche Pilzsprechstunde, in der Pilzkundige ihr Laienwissen mit unerfahrenen Pilzsammler:innen teilen, dürfte sich vor diesem Hintergrund als ebenso unproblematisch erweisen wie

Arts & ethics

Lilian Moreno Sánchez, „Tod und Auferstehung“,
Fenster in St. Bernward in Ilsede, 2018–19

Für die Nachkriegskirche St. Bernward im niedersächsischen Ilsede stand 2018 im Rahmen der Renovierung die Auswechslung der zwei beschädigten und ungedämmten großen Originalfenster auf der Nord- und Südseite an. Die Gemeinde und das Bistum entschieden sich für die Entfernung der dunklen Betonmaßwerkfenster und für den Einsatz neuer Fenster nach dem Entwurf von Lilian Moreno Sánchez. Die Künstlerin, die hier erstmalig mit dem Material Glas arbeitete, konnte ihre textilen Entwürfe von „Tod“ (violett) und „Auferstehung“ (gelb) in Zusammenarbeit mit Glasstudio Peters aus Paderborn in großformatigen und intensiv leuchtenden Glasgemälden umsetzen. Es finden sich hier christliche Motive von Leid und Schmerz, aber auch von Tanz, Lebensfreude und Mitgefühl. Pfarrer Thomas Mogge fasste die neu entstandene Lichtmagie des Kirchenraumes folgendermaßen zusammen: „Der Mensch mittendrin zwischen Tod und Auferstehung, beides hat seinen Platz im Raum des Betens und Singens.“

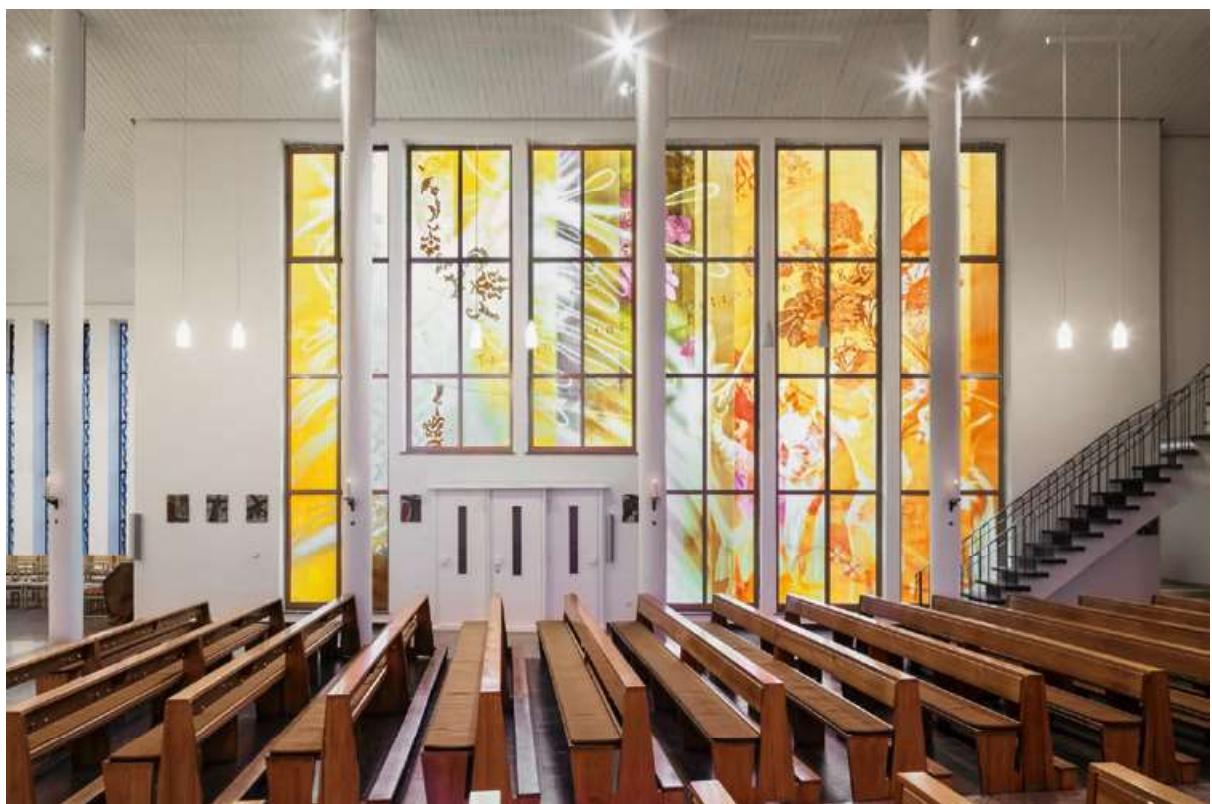
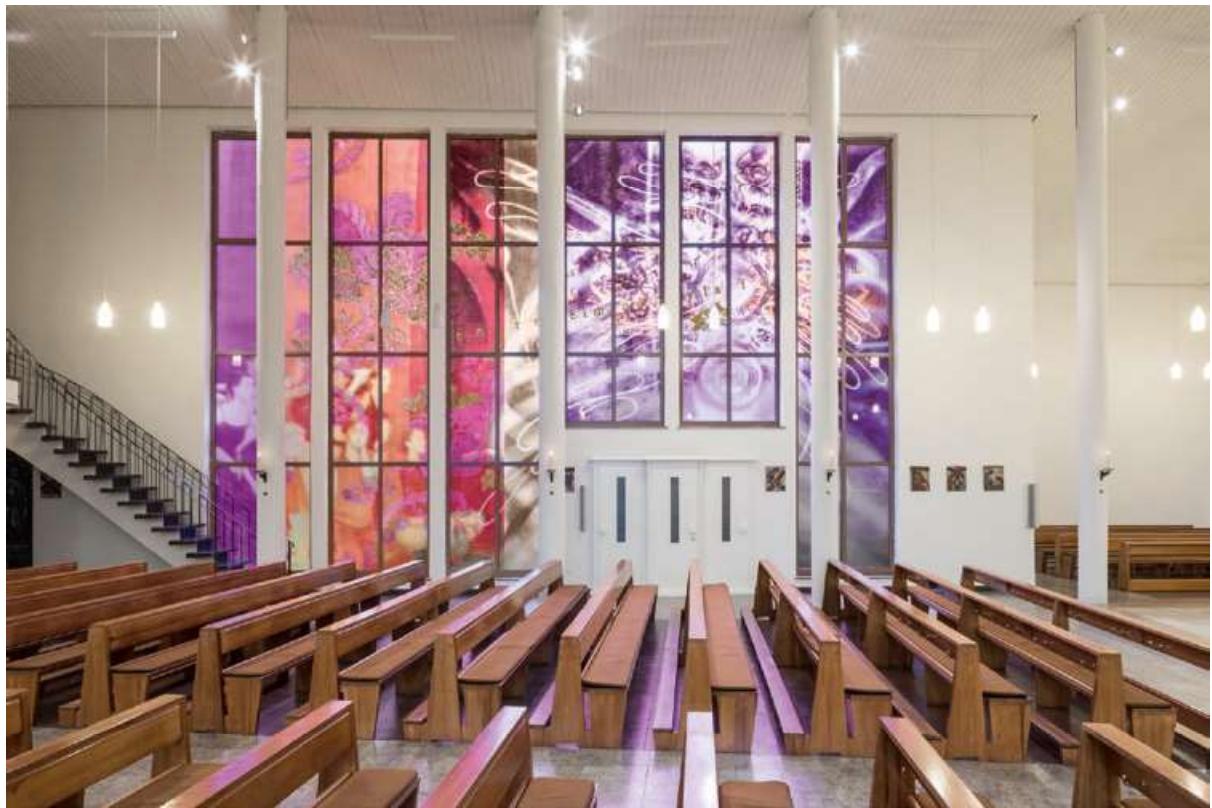


(Stefanie Lieb)

Lilian Moreno Sánchez

ist 1968 im chilenischen Buin geboren, studierte bis 1993 Bildende Kunst an der Universidad de Chile und war dort bis 1995 in der Kunstlehre sowie bei mehreren kulturpolitischen Projekten als Leiterin aktiv. 1996 kam sie nach Deutschland und studierte dort an der Akademie der Bildenden Künste in München freie Kunst bei Prof. Gerd Winner. 1999 schloss sie ihr Studium als Meisterschülerin bei Prof. Winner ab und absolvierte 2000 einen Studienaufenthalt an der Scuola Internationale di Grafica in Venedig. Seit 1993 ist Lilian Moreno Sánchez mit Einzelausstellungen in Chile sowie in Deutschland präsent: Durch Ausstellungen wie „Tengo sed – mich dürstet“ im Römer-Pelizaeus-Museum Hildesheim 2013 oder „LEMA“ im Dominikanerkloster Braunschweig wurde sie einer größeren Öffentlichkeit bekannt, die Interesse an Statements zeitgenössischer christlicher Kunst hat. Die Künstlerin, die seit rund 30 Jahren in Augsburg lebt, fühlt sich nach wie vor als Botschafterin Chiles und arbeitet in ihren Kunstwerken die politischen Krisen dieses Landes von der Militärdiktatur eines Pinochet bis hin zu aktuellen Gesellschaftsprotesten auf. Sie konzentriert sich hierbei auf die Einzelschicksale der betroffenen Menschen, der Opfer und Angehörigen, und setzt ihre Leiden sowie ihre Hoffnungen in den christlichen Kontext von Passion und Gedenken.

<http://morenosanchez.com/>



„Tod und Auferstehung“
Fenster in St. Bernward in Ilsede, 2018–19, Fotograf: Manfred Zimmermann



LITERATUR

Adorno, Theodor W. (2015): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969, Berlin.

Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hg.) (2014): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft, Weinheim/Basel.

Bauman, Zygmunt (2001): Gemeinschaften, Frankfurt/M.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1991): Frauen – die heimliche Ressource der Sozialpolitik, in: WSI-Mitteilungen 2/1991, 58–66.

BMI/BMEL/BMFSFJ (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall, Berlin.

Boemke, Laura/van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): Freiwilligenarbeit als Ressource. Die Indienstnahme von Engagement und die subjektiven Perspektiven der Engagierten, in: WSI-Mitteilungen 5/2021, 374–384.

Castel, Robert (2008): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.

Creed, Gerald W. (2006): Reconsidering Community, in: Ders. (Hg.): The Seductions of Community, Santa Fee, 3–22.

Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2009): Zivilgesellschaft und managerieller Staat, in: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt, Wiesbaden, 240–264.

Der Paritätische (2014): Ehrenamt – Freiwilliges soziales Engagement im Paritätischen Berlin, in: Der Paritätische Rundbrief, August/September, 32–34.

Deutscher Bundestag (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Drucksache 14/8900, Berlin.

Deutscher Bundestag (2016): Siebter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune, Drucksache/Deutscher Bundestag, 18/10210, Berlin.

Deutscher Bundestag (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 18/11800, Berlin.

van Dyk, Silke (2021): Umsonst und freiwillig? Die Neuverhandlung des Sozialen und die Informalisierung von Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 5/2021, 343–354.

van Dyk, Silke (2025): Vom freiwilligen Engagement zum sozialen Pflichtjahr?, in: Alexander Dietz/Hermann Diebel-Fischer (Hg.): Umstrittene allgemeine Dienstpflicht, Berlin, 25–42.

van Dyk, Silke/Boemke, Laura/Haubner, Tine (2021): Gemeinwohldienst oder Gratisarbeit? Zur politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit im Gegenwartskapitalismus, in: Prokla 204, 51 (3), 237–265.

van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2019): Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats, in: Doris Baumgartner/Beat Fux (Hg.): Sozialstaat unter Zugzwang, Wiesbaden, 259–280.

van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): Community Kapitalismus, Hamburg.

Ewald, François (1989): Die Versicherungs-Gesellschaft, in: Kritische Justiz 22, 385–393.

Fassin, Didier (2012): Humanitarian reason: A moral history of the present, Berkeley.

Federici, Sylvia (1975): Wages against housework, London.

Fratzscher, Marcel (2025): Bundeshaushalt: Ran an die Subventionen und Privilegien, Zeit-online v. 26.09.2025, online auf: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-09/bundeshaushalt-finanzenpolitik-steuererhoehungen-subventionen-privilegien> (zuletzt aufgerufen am 04.10.2025).

Haubner, Tine (2021): „Da könnte es ja auch ein weniger Ausgebildeter machen.“ Freiwilligenarbeit im Spannungsfeld umkämpfter Professionalisierung in den Sozialberufen, in: Silke van Dyk/Fabian Kessl (Hg.): Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats (Schwerpunkttheft der WSI-Mitteilungen 5/2021), 364–373.

Haubner, Tine/van Dyk, Silke (2024): Die Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage. Freiwillige und Hilfebedürfte im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats, in: Fabian Kessl/Holger Schoneville (Hg.): Mitleidsökonomie, Weinheim/Basel, 44–76.

Hitzler, Ronald/Honer, Anne/Pfadenhauer, Michaela (2008): Zur Einleitung: Ärgerliche' Gesellungsgebilde?, in: Dies. (Hg.): Post-traditionale Gemeinschaften, Wiesbaden, 9–31.

Karger, Katja/Klenter, Peter (2015): Freiwilligendienste zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsplatzverdrängung, Thesenpapier für den Workshop „Arbeitsmarktneutralität von Freiwilligendiensten“, Berlin.

Kocyba, Hermann (2004): Aktivierung, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasemann/Thomas Lemke (Hg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M., 17–22.

Laufenberg, Mike (2020): Radical Care und die Zukunft des Wohlfahrtsstaats, in: Behemoth, 4 (2), 99–120.

Lessenich, Stephan (2009): Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft, in: Klaus Dörre/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa (Hg.): Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte, Frankfurt/M., 126–177.

Lessenich, Stephan (2012): Theorien des Sozialstaats, Hamburg.

Meadway, James (2021): Neoliberalism is dying – now we must replace it, online auf: <https://www.opendemocracy.net/en/our-economy/neoliberalism-is-dying-now-we-must-replace-it/> (zuletzt aufgerufen am 04.10.2025).

Munoz-Dardé, Véronique (1998): Brüderlichkeit und Gerechtigkeit, in: Kurt Bayertz (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt/M., 146–170.

Neumann, Daniela (2016): Das Ehrenamt nutzen. Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland, Bielefeld.

Prätorius, Rainer (1982): Vom sanften Terror der Geborgenheit. Sozialengagement statt Sozialstaat?, in: Liberal. Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung, 24 (7), 496–504.

Thiessen, Barbara (2020): Pflegekräfte: „Dieses Klatschen ist fast zynisch“, Zeit-online v. 25.03.2020, online auf: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/pflegekraefte-systemrelevante-berufe-unterbezahlung-corona-krise-ungerechtigkeit> (zuletzt aufgerufen am 04.10.2025).

Ticktin, Miriam (2014): Transnational humanitarianism, in: Annual Review of Anthropology 42, 273–289.

United Nations (1999): International Year of the Volunteer 2001, Bonn.

Villa, Paula-Irene (2020): Corona-Krise meets Care-Krise – Ist das systemrelevant?, in: Leviathan 48/2020, 433–450.

Vobruba, Georg (1986): Die populistische Anrufung der Gemeinschaft, in: Helmut Dubiel (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 221–247.

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2012): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.

der von Freiwilligen organisierte, wöchentliche Töpferabend im Mehrgenerationenhaus oder der ‚Wünschewagen‘, der auf ehrenamtlicher Basis todkranken Menschen einen letzten Wunsch erfüllt. Hier geht es um Sozialbeziehungen, in denen das für die Hilfebeziehung notwendige Ungleichgewicht nur situativ (z.B. durch einen Unglücksfall) oder punktuell (z.B. in Bezug auf eine konkrete Kompetenz) besteht, aber keine langfristige, teilhabe- und existenzsichernde Abhängigkeitsbeziehung begründet wird. In unserer empirischen Forschung zu freiwilligem Engagement im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats haben wir zudem Beispiele ‚gelingenen‘ Grenzmanagements, das heißt, produktiver Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen freiwilligen Engagements gefunden:⁶ So ist der von Ehrenamtlichen organisierte Vorlesenachmittag in der lokalen Bibliothek etwas anderes als der regelmäßige Einsatz von Lesepat:innen an Grundschulen, die oft faktisch die Förderung von Kindern mit Lernschwierigkeiten übernehmen – ein Unterschied, auf den die Vertreterin einer Freiwilligenagentur mit Nachdruck hinweist: „Also, wenn ein Kind jetzt eine Lese-Rechtschreibschwäche hat, dann sagen wir auch unseren Freiwilligen, das ist dann wirklich ein Feld für Professionelle, das finde ich ganz wichtig auch abzugrenzen.“ Ein weiteres Beispiel ist ein lokaler Bürgerbus, der nicht als Ersatz für den Öffentlichen Nahverkehr angelegt ist, sondern der ein zusätzliches Angebot für nicht mobile Senior:innen darstellt, die im Pflegeheim oder zu Hause abgeholt werden und denen mit dem ehrenamtlichen Bürgerbus zudem ein Kommunikations- und Kontaktraum geboten wird.

ZUR AUTORIN

Silke van Dyk, geb. 1972, Prof. Dr., ist Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Sprecherin des Sonderforschungsbereichs SFB 294 „Strukturwandel des Eigentums“ an den Universitäten Jena und Erfurt. Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit und Eigentumsverhältnisse, Soziologie der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaats, Politische Soziologie, Solidarwirtschaft und Alternativökonomien, Soziologie des Alters und der Demografie. Veröffentlichungen: „Demokratie unter Druck. Fake News, politische Manipulation und die neue Öffentlichkeit“, in: Politikum, Heft 3/2025, 32–39; „Vom freiwilligen Engagement zum sozialen Pflichtjahr? Wider eine allgemeine Dienstpflicht in Zeiten des Community-Kapitalismus“, in: Alexander Dietz/Hermann Diebel-Fischer (Hg.): Umstrittene allgemeine Dienstpflicht, Berlin 2025, 25–42; „Nach dem Privat-eigentum? Güter, Infrastrukturen und Weltverhältnisse im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts“, Frankfurt/M. 2024 (mit Tilman Reitz/Hartmut Rosa); „Community-Kapitalismus“, Hamburg 2021 (mit Tine Haubner).

Auch Interviews mit Freiwilligen geben Hinweise auf alltägliche Grenzziehungen; so unterscheiden insbesondere Engagierte im Bereich des Sports und der Freizeitangebote ihr Engagement oft



Engagement und Freiwilligenarbeit können auch Freiräume darstellen, um Formen der Solidarität und Unterstützung jenseits von Privathaushalt, Markt und Staat zu erproben und Alternativen zu stärken

explizit vom Engagement in der Pflege oder Flüchtlingshilfe. Eine Engagierte im Sozialcafé eines Gesundheitszentrums spricht in Bezug auf das Engagement im Pflegeheim, das sie aus eigenen Erfahrungen kennt, von „offiziellen Ehrenamtlichen“, die „ja auch was Bestimmtes tun [sollen]“, während ihr Engagement vollkommen frei und zusätzlich sei. Ein Vertreter des Seniorenbeirats, der gesellige Nachmittage für Ältere organisiert, betont im Blick auf

Engagierte in der Flüchtlingshilfe: „Die leisten eine Arbeit. Ich leiste ja praktisch nur ein Vergnügen.“

Nicht zuletzt können Engagement und Freiwilligenarbeit auch Freiräume darstellen, um Formen der Solidarität und Unterstützung jenseits von Privathaushalt, Markt und Staat zu erproben und Alternativen zu stärken (Laufenberg 2020). Dieses Potenzial soll mit der vorliegenden Problematierung keineswegs in Abrede gestellt werden, ganz im Gegenteil: Es wird gestärkt, wenn alternative Projekte nicht den Großteil ihrer Ideen und Ressourcen für die Aufrechterhaltung basaler Aufgaben der Daseinsvorsorge, Teilhabesicherung und Infrastruktur ‚aufbrauchen‘. Die wohlfahrtsstaatliche ‚Verzweckung‘ des Engagements zerstört seinen Eigensinn und unterläuft seinen potenziell rebellischen Charakter, auf den jede lebendige Demokratie dringend angewiesen ist.

⁶ Für die folgenden Beispiele vgl. van Dyk u.a. 2021, 549 ff.